

# Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.  
Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebihr für den Raum einer  
fünfziglichen Zeile in Petit-Format 1½ Sgr.

Nr. 224. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

## Deutschland.

Berlin, 13. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem General-Lieutenant z. D. v. Hanenfeldt, bisher Commandeur der 2. Division, den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Obersten a. D. Wohlgeboren, bisher Abtheilungs-Commandeur im Osteuropäischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 1, den rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Pfarrer Stubenrauch zu Brügge, im Kreise Soldin, den Königl. Kronenorden vierter Klasse; dem Hgeomester Exner zu Weißwolde im Kreise Graudenz, das allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Unteroffizier Jacob im Schleswig-Holsteinischen Fußl.-Regiment Nr. 86 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen; und den Diaconus Jacoby in Schloss Haldenburg, Regierungszbezirk Merseburg, zum ordentlichen Professor in der theologischen Fakultät der Universität zu Königsberg ernannt.

Dem Mechaniker h. Schläter zu Reußstadt a. R. bei Hannover ist unter dem 11. Mai 1868 ein Patent auf eine Vorrichtung zum Verstellen der Stöher und Blätter an Lochmaschinen und Metallscheeren auf fünf Jahre erteilt worden.

Der praktische Arzt z. Dr. Loewenstein zu Friedeberg N.-M. ist zum Kreis-Physikus des Kreises Rummelsburg ernannt worden.

Berlin, 13. Mai. [Ihre Majestät die Königin] empfing am 11. in Baden den Besuch des von Italien zurückkehrenden Kronprinzen. Ihre königl. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Baden trafen an demselben Tage bei Ihrer Majestät dort ein. (St.-A.)

[Der Kronprinz] wohnte heute bereits der Truppenbesichtigung und der Logenfeierlichkeit in Potsdam bei.

[Den Offizieren des norddeutschen Kriegsschiffes „Niobe“, welches am 26. April seine Rückreise nach Kiel angetreten hat, wurde in New-York vom Deutschen Liederkranz ein Bankett veranstaltet.

[Die Witwe des verstorbenen Directors v. Cornelius] bat sich in Italien mit Anton v. Pasakdi verheirathet. Das Ehepaar hält sich, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, seit gestern hier auf, um den Nachlass des Künstlers an sich zu nehmen.

[Die hannoversche Legion.] Die „Nord. A. Z.“ schreibt officiell: Durch Allerhöchste Ordre vom 3. Mai d. J. ist denjenigen Militärschlichten und Personen des Beurlaubtenstandes aus der Provinz Hannover, welche ohne anderweitige strafbarer Handlungen schuldig zu sein, sich der militärischen Dienstpflicht entzogen haben, die straffreie Rückkehr in die Heimat bis zu einem, von des Königs Majestät noch zu bestimmenden Termine zugelassen. Nach den angeführten Allerhöchsten Ordre soll diese Bestimmung auf diejenigen Militär-Personen, welche aus dem aktiven Dienste bestellt sind, so wie auf die ehemals hannoverschen Offiziere und Unteroffiziere, welche sich an militärischen Vereinigungen im Auslande betheiligt haben, keine Anwendung finden. Se. Majestät der König haben jedoch durch Allerhöchste Ordre vom 12. d. M. angeordnet, daß mit dem Musketier-Schönsfelder eine Ausnahme gemacht werden solle. Derselbe war mit Rücksicht auf das active militärische Dienstverhältniß, welches derselbe verlassen hatte, kriegsrechtlich zur Vertheilung in die zweite Klasse, zum Verlust der Langenhalza-Medaille und zu drei Jahren Festungsstrafe verurtheilt worden. Da indessen Schönsfelder der erste von den hannoverschen Legionen war, welcher sich um die gnädige Gewährung einer straffreien Rückkehr beworben hatte, ihm die königliche Gnade ferner in Aussicht gestellt war, so ist ihm dieselbe auch zu Theil geworden. Dennoch in Frankreich befindlichen Legionären, so weit sie nicht zu den angeführten Kategorien gehören, ist die straffreie Rückkehr bis jetzt ein bestimmter Prädiktiv-Termin nicht gestellt worden. Eine Festsetzung dieses Zeitpunktes steht jedoch, wie wir hören, binnen Kurzem bevor. Diejenigen Legionäre, welche die gemahnte Frist zur Rückkehr in die Heimat nicht benutzen, haben dann später zu gewärtigen, daß sie nicht nur wegen ihres militärischen Vergehens, sondern auch nach Maßgabe der Gesetzgebung über Hochverrat wegen ihrer Betheiligung an der hannoverschen Legion zur Untersuchung und Strafe gezozen werden. Von dem zuständigen Gerichte sind bei Gelegenheit der Untersuchung des Schönsfelder'schen Falles die Motive der Verurtheilung auch in dieser letzten Beziehung aufgestellt und die Theilnahme an der hannoverschen Legion als eine Verbindung zur Durchführung von Handlungen des Hochverrats aufgefasst worden.

Über die Dispositionen des Königs in Bezug auf seine Badereise ist von französischer Seite officiell angefragt worden, da der Kaiser und die Kaiserin von Frankreich darnach ihre Dispositionen zum Besuch des königlichen Hofes in Berlin oder an einem deutschen Badeplatze zu treffen beabsichtigen. So läßt sich die „Weserzeitung“ von Berlin telegraphiren. In andern Blättern lesen wir von einer Erholungsreise, die Graf Bismarck nach dem Schluss der parlamentarischen Verhandlungen anzutreten vorhabe.

[Der Statut des norddeutschen Bundes.] In der heutigen Sitzung des norddeutschen Bundesrathes wurde der Gesetzentwurf für den Haushalt des Jahres 1869 vorgelegt. Der Statut schließt in Einnahme und Ausgabe mit 72,734,601 Thlr. ab gegen 72,158,243 Thlr. im Jahre 1868. Die auf 68,683,817 Thlr. veranschlagten fortlaufenden Ausgaben (317,367 Thlr. weniger als 1868) verteilen sich mit 198,913 Thlr. auf das Bundeskanzleramt, den Bundesrat und den Reichstag, mit 277,650 Thlr. auf die Con-  
sulate, mit 66,340,275 Thlr. auf das Bundesamt und mit 1,868,979 Thlr. auf die Bundesmarine. Von den auf 7,050,784 Thlr. angenommenen außerordentlichen Ausgaben (893,735 Thlr. mehr als 1868) sind 150,000 Thlr. für das Bundesfanzleramt und den Bundesrat, 27,999 Thlr. für die Postverwaltung, 322,780 Thlr. für die Telegraphenverwaltung und 3,550,000 Thlr. für die Bundesmarine bestimmt. Die Ausgaben sollen gedeckt werden durch den Bunde verfassungsmäßig überwiebenden eigenen Einnahmen mit 50,477,743 Thlr. (1,842,933 Thlr. weniger als 1868). Es werden also durch Matrikulargebühren einzubringen sein 22,256,858 Thlr. (2,419,291 Thlr. mehr als 1868). Dieser Gesetzentwurf ging an den 7. Ausschuß.

[Die Maß- und Gerichtsordnung] wurde im Wesentlichen nach den Vorschlägen des vierten Ausschusses angenommen.

[Die Hamburg-Benloer Bahn.] Die von Preußen dem Bundesrath vorgelegte Frage, ob überwiegende Interessen des allgemeinen Verkehrs und der Landesverteidigung für eine der beiden vorgeschlagenen Linien der Hamburg-Benloer Bahn zwischen Bremen und Oldenbourg sprächen, für die Bahnlinie über Bremen und Diepholz oder für die westliche über Wilhelmsburg und Buxtehude, war von dem fünften Ausschuß zu Gunsten der östlichen Linie beantwortet worden. Bei der Abstimmung im Plenum, deren sich Preußen und Oldenbourg enthielten, ergab sich weder für die eine, noch für die andere Linie eine Majorität. Der Antrag, die norddeutschen Kaufahrtschiffe von der Entrichtung allgemeiner Consulsgebühren an Landesconsuln in Bundeshäfen zu befreien, wurde angenommen.

O. C. [Die Vorlage, betr. die Quartierleistung] für die bewaffnete Macht im Frieden, ist heute zu Ende gebracht. Die beschlossenen Aenderungen sind unwesentlich und betreffen die Tarifbestimmungen gar nicht. Dagegen sind folgende drei Resolutionen angenommen:

den Bundesanträgen aufzufordern: 1) eine gesetzliche Regulirung der Parallelleistung an die bewaffnete Macht im Frieden, insbesondere der Verpflichtung und des Vorspanns beizuführen; 2) bei Artillerie-Schießübungen dafür Sorge zu tragen, daß die Soldaten in Paraden und Zelten untergebracht werden; 3) das Budget für Serbis-Entschädigung so zu erhöhen, daß die Entschädigung der Leitung entspricht. Referent Abg. Stavenhagen.

[Die Commission für das Genossenschaftsgesetz.] das für den Bund gelten soll, ist vor § 27 des Entwurfs stehen geblieben, aus welchem Begr. Schulz (Berlin) die Bestimmung des preußischen Gesetzes, daß die Orte sich bei Strafe ausdrücklich mit den Interessen der Genossenschaften beschäftigen sollen, vergeblich zu entfernen wünschte. Bundescommissar Geb. Rath trat diesem Befreben mit der bestimmten Aeußerung

entgegen, daß die Bundesbehörde in diesem Fall dem Entwurf ihre Zustimmung verlagen müsse.

[Die Commission des Reichstages für die Gewerbeordnung] feiste heute Vormittag die Berathung der letzteren fort. Zu § 15 wurde beschlossen, daß die thatsächliche Einstellung eines gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung eröffneten Geschäftsbetriebes seitens der Polizeibehörde nur in denjenigen Fällen angeordnet werden kann, in welchen eine vorgängige polizeiliche Genehmigung vorgeschrieben ist. Zu § 16, welcher lautet: „Eine polizeiliche Genehmigung ist erforderlich 1) zur Errichtung von Anlagen, welche durch die örtliche Lage oder die Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt erhebliche Nachtheile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können, 2) zu dem Beginn solcher Gewerbe, bei welchen entweder a) durch ungesetzlichen Betrieb oder b) durch Unzulässigkeit der Gewerbetreibenden in sittlicher Hinsicht das Gemeinwohl gefährdet werden könnte“, wurde die Streitung der Pos. 2 beschlossen. Zu § 17, welcher die in § 16 Pos. 1 gedachten Anlagen speziell aufführt, entnahm sich eine längere Discussion darüber, ob Seifensiedereien, Schlächterei und Neuanlagen für Wasserversorgung zu denselben zu rechnen seien. Durch Majoritätsbeschluss wird die Frage bejaht. Ferner wurde mit großer Majorität beschlossen, die in dem Entwurf dem Bundesrath beigelegte Befugniß, das Verzeichniß dieser Anlagen, welche einer besonderen polizeilichen Genehmigung unterliegen, nach Bedürfnis zu erweitern oder zu beschränken, zu streichen, so daß eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes vorgenommen werden kann. § 18 wurde unverändert angenommen und zu § 19 die Modification beliebt, daß der ablehnende oder Bedingungen vorreichende und nach dem Entwurf schriftlich zu ertheilende Befehl mit Gründen vertheben sein muß. § 20 wurde unverändert angenommen.

Zu § 21 wird eine zehntägige Frist für die Anmeldung und eine vierwochentliche Frist für die Rechtfertigung des Recurrs befohlen, sodann ein Amendment, welches Entscheidung der Recurrs durch Collegial-Gerichte mit öffentlichem und mündlichem Verfahren und namentlich öffentlicher Beweiseherhebung verlangt, angenommen.

[Gewerbe-Ordnung und Heilkunde.] Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes geben wir nachträglich das Amendment des Abgeordneten Dr. Loewe-Calbe zu dem § 6 der Gewerbe-Ordnung, das derselbe zu dem Passus die Ausübung der Heilkunde betreffend, in der Commission gestellt hat:

„in dem § 6 die Worte: „über Ausübung der Heilkunde“ zu streichen, und am Schlus. des betreffenden Paragraphen folgenden Zusatz zu machen: „Die Bestimmungen über die Ausübung der Heilkunde, soweit sie im Auftrage des Staates oder der Gemeinden stattfindet (gerichtliche Medizin, medicinische Polizei, öffentliche Gesundheitspflege, Militär-Arzte, Gemeinde-Arzte; als Hospital-Arzte, Armen-Arzte u. s. w., medicinisches Studium auf Universitäten u. s. w.) — sowie die Anordnungen der dafür erforderlichen Prüfungen bleiben einem besonderen Bundesgesetz vorbehalten.“

Der Antragsteller führte aus, daß seine Absicht dabin gebe, die Ausübung der Heilkunde als „Gewerbe“ freizugeben und deshalb einerseits die Strafgesetze über „Medicinische Pfuscherei“, „Quätschallberei“ u. s. w., andererseits aber auch die Verpflichtungen, mit denen der Staat die Ärzte belastet, ebenso wie die Taxe für ärztliche Dienstleistungen aufzuheben. Dagegen soll der Staat die medicinischen Facultäten und Unterrichtsanstalten aufrecht erhalten, das Studium der Medicin in seinem ganzen Umfange wie die Prüfungen nach Abholzung gesetzlich regeln und durch das Gesetz feststellen. Daß der Staat wie die Gemeinde zu ihren in das Gebiet der Heilkunde fallenden Geschäften nur Personen verordnen darf, die in Bezug auf ihre wissenschaftliche wie technische Ausbildung vorchristlich geprüft sind, ist selbstverständlich. Durch öffentliche Kundmachung der Geprüften und Approbirten soll dem Publikum die Möglichkeit verschafft werden, sich in Krankheitsfällen an diese wenden zu können. — Schutz für das Publikum soll in dem Strafverfahren gegen Schwindel, falsche Vorstellungen u. c., sowie gegen den durch Anwendung von Arzneimitteln bewirkten Schaden gefunden werden.

Das Amendment wurde von der Commission abgelehnt, weil der Gegenstand in dieser Ausdehnung Sache einer Medicinalordnung sei, die wie Viele zugestanden, ein dringendes Bedürfnis. — Dr. Loewe behielt sich vor, im Sinne seines Amendments am Schlus. der Berathung der Gewerbeordnung eine Resolution in Vorschlag zu bringen.

Gumbinnen, 13. Mai. [Biehseuche.] Laut amtlichen Nachrichten aus Russland herrscht die Biehseuche nur noch in einzelnen Ortschaften der Gouvernements Lublin, Siedlec, Kielce und Lomza.

Biebrich, 8. Mai. [Die Deputation] des hiesigen Gemeinderathes, welche Ende vergangener Woche bei dem Herzoge Adolf zu Frankfurt Audienz hatte, ist ohne Hoffnung auf Erhaltung der herzoglichen Wintergärten hierher zurückgekehrt. — Gestern und heute wurden die aus Straßburg zurückgekehrten und in den herzoglichen Kellern hier lagernden Weine einer öffentlichen Probe unterworfen.

Würzburg, 11. Mai. [Universität.] Als der an Bezold's Stelle zu berufende Professor der Physiologie an hiesige Universität wird an erster Stelle Prof. Helmholz in Heidelberg genannt. Sollte Helmholz die Berufung nicht annehmen, so wird dieselbe an Professor Fick in Zürich ergehen. (N. W. Z.)

## Österreich.

Bien, 13. Mai. [Der österreichische Handelsvertrag.] Wie die „Neue freie Presse“ meldet, hat der Reichskanzler Frhr. v. Beust in seiner Erwiderung auf die englische Note, betreffend den österreichisch-englischen Handelsvertrag die Verstärkung ertheilt, daß er seinen ganzen Einfluß zur befriedigenden Erledigung dieser Angelegenheit aufzuwenden werde.

Bien, 13. Mai. [Abend-sitzung des Budget-Ausschusses.] Fortsetzung der Verhandlung über den gestrigen Antrag des Sub-Comite's. Der Finanzminister erklärt, er könne dem gestrigen Beschlüsse der fünfundzwanzigprozentigen Couponssteuer nicht beistimmen, die Ziffer sei zu hoch gegriffen. Die Regierung behalte sich vor, ihren darauf bezüglichen Antrag bei der Berathung im Hause zur Geltung zu bringen. Der Budget-Ausschuss beschloß: die Convertirung der Staatschuld sei zwangsläufig durchzuführen. Bezüglich der Prinzipien, nach welchen die Staatschuld in eine einheitliche Rentenschuld umzuwandeln und nach dem Courtswerthe zu berechnen sei, wird von dem Abgeordneten Hopfen einverständlich mit dem Finanzminister der Antrag gestellt und angenommen, daß zwischen Kategorien der unrückzahlbaren Schulden der Zinsfuß derselben, zwischen den unrückzählbaren und den rückzählbaren, sowie unter den Einzel-Kategorien der rückzählbare Courtswerth zur Grundlage zu dienen habe.

## Frankreich.

Paris, 11. Mai. [Napoleon III. in Orleans.] Im „Moniteur“ sind heute vollständig die bei Gelegenheit des kaiserlichen Besuchs in Orleans gehaltenen Reden zu lesen. Am Eisenbahnhof richtete der Maire eine Ansprache an den Kaiser, wie man sie deren bei ähnlichen Veranlassungen schon öfter gehört hat.

Ich überreiche die Schlüsse dieser alten Stadt, sagte derselbe, einzig und allein als das Symbol unseres vollen Vertrauens, denn unsere Mauern, die im Mittelalter das Palladium des Königreichs Frankreich waren, sind jetzt verchwunden und ihre Trümmer haben gediengt, unsere Vicinalwege zu bauen, für die Sie, Sire, eine so glückliche und fruchtende Vorliebe haben. Vor dem einen Waffenplatz, heute eine Stadt der Industrie und des Handels, liebt Orleans den Frieden und würdigte seine Segnungen. Wenn inde-

3 e i t u n g .

Donnerstag, den 14. Mai 1868.

Frankreich, stark in seinem Recht und zur Wahrung seiner Ehre genötigt wäre, den Degen zu ziehen, so würden die Bewohner von Orleans ihrer Vergangenheit würdig sein, denn unsere Vorfahren haben mit ihrem Ruhm auch ihre glühende Liebe für die Unabhängigkeit und Größe des Vaterlandes auf uns vererbt etc.

Heraus und auf die obligaten Complimente für die Kaiserin und Wünsche für den Kaiserprinzen antwortete der Kaiser:

Herr Maire: Ich habe mit Vergnügen Ihre Einladung angenommen, weil es mich stets glücklich macht, mich im Schooße einer Stadt wiederzufinden, die bei der gewissenhaftesten Bewahrung glorreicher Erinnerungen und so patriotischen Gefühlen sich mit ganzem Eifer den Kämpfen der Arbeit und des Gewerbes hingibt. Ich habe mit eigenen Augen Ihre Fortschritte constatiren und sie ermutigen wollen, überzeugt, daß inmitten des allgemeinen Ruhe Europa's sie sich mit Vertrauen entwickeln können. Ich danke Ihnen für die Gefühle, die Sie für die Kaiserin, meinen Sohn und mich kundgeben.

Vom Bahnhof begab sich das Kaiserpaar zunächst nach der Kathedrale, wo Hr. Dupanlouy, der Bischof, seiner harrete und die hohen Herrschaften in einer wohlpräparirten Rede begrüßte. Der bedeckte Kämpfer des Ultramontanismus ließ sich namens seiner Geistlichkeit im Besonderen etwa so vernehmen:

„Ich wage zu sagen, daß auf dem ganzen Boden Frankreichs Ew. Majestät keine noblere, christlichere und französische Stadt getroffen hat. Mindestens zweimal hat Orleans das einzige Glück und die Ehre gehabt, das edelste und siegreiche Volkserst der Welt zu empfangen. Orleans ist eine unübersteigliche Schranke. Eben erst, gestern, feierten wir das 439. Jahrestag des denkwürdigen Tages, wo ein junges, siebzehnjähriges Mädchen, das Gott geachtet, Orleans befreite und Frankreich rettete. Schön in den Tagen der Barbarei wies hier einer unserer größten Bischöfe mit dem Kreuze denjenigen zurück, der sich in seinem wilden Stolz selbst die Geißel Gottes nannte. In diesen beiden großen Nöthen war Orleans nicht allein der Wall, sondern auch das Herz Frankreichs. Und Gott sei Dank! das Herz war stark; bald war die bedrohte Unabhängigkeit, Freiheit, die Zukunft, Alles wiedererobert. Und dieses Herz hat sich nicht geändert, es hat noch immer zwei Schläge von unüberwindlicher Stärke, den Patriotismus und die Religion. Hier vielleicht mehr als in einem anderen Theile des Reichs werden Ew. Majestät fühlen, daß Frankreich, wenn man seine Seele fragt, stets die allerchristlichste Nation sein und bleiben will und daß in dieser doppelten Flamme des Patriotismus wie des Glaubens seit Karl dem Großen seine Ehre und sein Glück beruhen. Wir bitten Gott, daß die Inspirationen dieses unsterblichen Monarchen auch die Ew. Majestät seien. Das sind unsere höchsten und für Sie und Frankreich würdigsten Wünsche. Sie haben, Sire, das glückliche Zusammentreffen der Feste Jeanne's d'Arc mit den Festen des Alterbaus gelebt. Diese Vermischung der Reichthümer unserer Väter und der Erbrennen der Vergangenheit erhebt die Seele zu einer volleren und tieferen Liebe des Vaterlandes, seiner Geschichte und seiner Zukunft. Das Fest Johanns ist auch das Fest des Landmannes, denn die Jungfrau von Domremy war die Tochter jener hochherigen Bauern, deren starke Hand das Land zu erobern, bebauen und verteidigen weiß. Aber auch das Fest aller christlichen und französischen Frauen ist es, und so haben Sie, Madame, es verstanden, als Sie sich an ihm beteiligten. Jeanne d'Arc hat nicht allein Frankreich gerettet, sie ist auch die Repräsentantin Frankreichs. In den Tagen Johanns, mit dem begeisterten Herzen eines jungen Mädchens unter der Rüstung eines Kriegers, erblicken wir diese so empfindliche und stolze, diese so zärtliche und tapfere Nation — ein Bild, das auch Ihnen nicht mißfällt wird. Sie haben endlich, Madame, an diesem Fest teilgenommen, unmittelbar nach jenem Tage, wo die Religion Ihnen die reinste Freude gegeben hat, die hinielen einem Mutterherzen werden kann. Ew. Majestät haben Ihnen Sohn die Knie beugen und sich zum ersten Mal an dem Altar des Herrn, der dieses Alter liebt und segnet, mit dem Lebensbrod nach Herrn nähren sehen. Die Rührung hat Ihnen fromme Thränen entlockt, möge Ew. Majestät nie andere lernen! Möge der junge Prinz in dieser Frömmigkeit erstarren; möge die erste Communion die unsterbbarste Erinnerung seines Lebens bleiben. Das erste Haupt unserer Kirche, als von dem apostolischen Thron herab, den unsere Waffen stets kräftig geführt haben, Pius IX., ihn in demselben Augenblicke segnete, wo sein Gott zum ersten Mal bei ihm einkehrte.“

Der Kaiser antwortete:

„Ich bin tief gerührt von den edlen Worten, die Sie an mich gerichtet haben. An diesen Stätten erinnert man sich, was der religiöse Glaube und der wahre Patriotismus für das Heil und die Größe eines Landes vermögen. In dieser Stadt hat sich eine der wunderbarsten Thaten der Geschichte vollzogen, und der Fluss, welcher unter ihnen Mauern fließt, war einst einer der Schwäne unserer Unabhängigkeit, wie er in einer uns näher liegenden Zeit die heldenmütigen Trümmer unserer großen Armee beschützte. Indem wir, die Kaiserin und ich, herkommen, um an den Volksfesten von Orleans Theil zu nehmen, haben wir zuerst in seiner alten Kathedrale niedergestiegen und inmitten der großen Erinnerungen

